

[GRÜNE im Landtag NRW - Platz des Landtags 1 - 40221 Düsseldorf](#)

An den Landrat
des Rhein-Kreises-Neuss
Herrn Hans-Jürgen Petrauschke

Per eMail:
hans-juergen.petrauschke@rhein-kreis-neuss.de

Oliver Krischer MdB
Reiner Priggen MdL
Wibke Brems MdL
Dr. Ruth Seidl MdL
Karin Schmitt-Promny MdL
Gudrun Zentis MdL
Rolf Beu MdL

Düsseldorf, 14. April 2016

Das Kraftwerkserneuerungsprogramm der RWE von 1994 ablösen durch ein Investitionsprogramm für die Tagebaurandkommunen

Sehr geehrter Herr Landrat ,

im Jahr 1994 verpflichtete sich RWE gegenüber der Landesregierung NRW, als Gegenleistung für den Tagebau Garzweiler II mehr als 20 Mrd. DM (10,23 Mrd. €) in die Erneuerung des Kraftwerksparks zu investieren. Grundlage dafür ist das Kraftwerkserneuerungsprogramm aus dem Jahr 1994. (Unterlagen in der Anlage)

RWE hat seitdem mit den BOA 1, 2 und 3 drei neue Kraftwerksblöcke in Betrieb genommen. Für die BOA 1 in Niederaußem sind 1,23 Mrd. Euro und für die BOA 2 und 3 in Neurath sind zusammen 2,27 Mrd. Euro investiert worden. Darüber hinaus sind Erneuerungsmaßnahmen in den Kraftwerken (Retrofit) und Investitionen in Erneuerbare Energien vorgenommen worden. Die Gesamtsumme der Investitionen von RWE infolge des Kraftwerkserneuerungsprogramms gibt die Staatskanzlei NRW im April 2016 auf eine Anfrage von MdL Reiner Priggen mit 4,15 Mrd. Euro an.

Wir sind der Auffassung, dass sich seit 1994 die Parameter der Energielandschaft grundlegend verändert haben. Das von der Bundesregierung unterstützte Pariser Klimaschutzabkommen vom Dezember 2015, der fortgeführte Ausbau der Erneuerbaren Energien und die weltweit laufenden Desinvestitionen aus der Kohle machen eine Fortführung des Kraftwerkserneuerungsprogramms von 1994 nicht mehr notwendig. Die noch laufende Planung für ein weiteres Braunkohlekraftwerk, die BOA 4 in Niederaußem sollte deswegen umgehend beendet werden.

Aus dem Unternehmen kommt immer wieder der Hinweis, dass RWE diese Neubauplanung nicht einstellen könne, da man durch die Vereinbarungen mit der Landesregierung von 1994 und durch den Braunkohlenplan Garzweiler II vom 31. März 1995 dazu verpflichtet sei, Neubauplanungen voranzutreiben.

Im Interesse der Menschen im Rheinischen Revier muss das Kraftwerkserneuerungsprogramm von 1994 neu verhandelt und den heutigen Entwicklungen angepasst werden. Das Unternehmen RWE muss aus seiner alten Verpflichtung entlassen werden, neue Braunkohlekraftwerke bauen zu müssen.

Als Gegenleistung muss RWE verpflichtet werden, die Restsumme der 1994 zugesagten und bisher nicht getätigten Investitionen in den Strukturwandel in der Region und eben nicht mehr in Braunkohlekraftwerke zu investieren. Davon profitieren die Region, die Neuausrichtung des RWE-Konzerns und natürlich das Klima.

Es ist sinnvoller, dass RWE, anstatt weitere Kraftwerke zu bauen, verstärkt in den Strukturwandel in der Region investiert. Das sollte auch die Erschließung RWE-eigener ehemaliger Kraftwerksflächen für Gewerbe und Industrie (Frimmersdorf, Weisweiler) beinhalten.

Durch die Verkleinerung des Tagebaus um den Bereich bei Holzweiler reduziert sich die förderbare Kohlemenge von ursprünglich 1,3 Mrd. Tonnen um 400 Millionen Tonnen auf noch maximal 900 Millionen Tonnen Braunkohle. Dementsprechend reduziert sich auch die Investitionsverpflichtung von 10,2 Mrd. Euro auf 7 Mrd. Euro.

Es verbleibt also noch eine zu tätige Investitionssumme von fast 3 Milliarden Euro. Wenn man diese auf die kommenden 20 Jahre umrechnet, müsste RWE jedes Jahr 150 Mio. € in der Region in Erneuerbare Energien, Energieeffizienz, die Digitalisierung der Energiewende und in Arbeitsplätze zur Unterstützung des Strukturwandel investieren. Das sollte transparent und nachvollziehbar prioritär in den Kommunen geschehen, die in der Randlage der Tagebaue auch zum Teil seit Jahrzehnten die Lasten der Braunkohle zu tragen haben.

Für diesen nun anstehenden Prozess bitten wir Sie und Ihre Räte um Unterstützung! Gerne bieten wir Ihnen auch ein persönliches Gespräch zu der Thematik an.

Mit freundlichen Grüßen



Oliver Krischer MdB, Düren



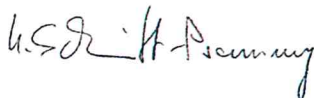
Reiner Priggen MdL, Aachen



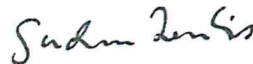
Wibke Brems MdL,
Energiepolitische Sprecherin



Dr. Ruth Seidl MdL, Wassenberg



Karin Schmitt-Promny MdL, Aachen



Gudrun Zentis MdL, Nideggen



Rolf Beu MdL, Bonn

Herrn Oliver Krischer MdB
Herrn Reiner Priggen MdL
Frau Wibke Brems MdL
Frau Dr. Ruth Seidl MdL
Frau Karin Schmitt-Prommy MdL
Frau Gudrun Zentis MdL
Herrn Rolf Beu MdL

Per Mail m.d.B. um Weiterleitung:
horst-dieter.heidenreich@landtag.nrw.de

20. April 2015

Ablösung RWE-Kraftwerkserneuerungsprogramm von 1994

Sehr geehrte Damen und Herren,

zu Ihrer Bitte an uns, die Forderung der Grünen im NRW-Landtag nach einer Ablösung des RWE-Kraftwerkserneuerungsprogramms von 1994 auf kommunaler Ebene zu unterstützen, nehmen wir als kommunale Spitzenvertreter der Tagebau- und Energie-Standorte Rhein-Kreis Neuss, Stadt Grevenbroich und Gemeinde Jüchen wie folgt Stellung:

Es trifft zu, wie Sie in Ihrem Schreiben vom 14. April 2016 feststellen, dass RWE seine Zusage aus dem Jahr 1994, in der Region rund zehn Milliarden Euro in die Modernisierung von Kraftwerken zu investieren, bisher nur zum Teil erfüllt hat. Allerdings gibt es dafür auch keine zeitliche Befristung und RWE hat bereits mehr als vier Milliarden Euro für moderne Kraftwerke und auch für Erneuerbare Energien investiert.

Wie Sie ebenfalls richtig betonen, hat sich die Energielandschaft geändert und befindet sich weiter im Wandel. Sie selbst wollen dabei die Planungen zum Bau moderner Braunkohlekraftwerke sofort beendet sehen und den Braunkohletagebau

kleiner als bislang genehmigt gestalten. Ungeachtet dessen, ob dies im Hinblick auf die Versorgungssicherheit für unsere Bürgerinnen und Bürger und die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft sinnvoll ist, müsste RWE dazu aus seiner alten Verpflichtung entlassen werden. Dies - wie auch die Verwendung dann noch verbleibender Investitionssummen für andere Zwecke - neu zu verhandeln, ist allerdings Sache der Landesregierung und von RWE als ursprüngliche Vereinbarungspartner des Kraftwerkserneuerungsprogrammes.

Nach unserer Auffassung kann auf die heimische Braunkohle nicht so schnell verzichtet werden. Eine derart weitreichende Entscheidung darf auch nicht ohne wirkliche Klarheit über die Auswirkungen für unseren Standort getroffen werden.

Das Rheinische Revier befindet sich im Strukturwandel. Diesen Wandel müssen wir gemeinsam mit Augenmaß und mit Planungssicherheit für die Menschen und die Unternehmen bei uns gestalten. Dafür wollen wir uns als Kommunen weiter und engagiert einsetzen. Gerne werden wir daher Sie und die Landesregierung dabei unterstützen, die 2011 ins Leben gerufene Innovationsregion Rheinland zu einem starken Instrument für den Strukturwandel auszubauen.

Hans-Jürgen Petrauschke



Landrat
Rhein-Kreis Neuss

Klaus Krützen



Bürgermeister
Stadt Grevenbroich

Harald Zillikens



Bürgermeister
Gemeinde Jüchen